



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die Soziale Marktwirtschaft hat sich in schwierigen Zeiten bewährt, auch wenn in den vergangenen zwei Jahren massive prozesspolitische Eingriffe das weltweite wirtschaftliche Geschehen prägten. Mit erheblichen finanziellen Mitteln und umfangreichen Garantien mussten die Nationalstaaten den Finanzmarkt stabilisieren und die wirtschaftliche Entwicklung über Konjunkturpakete stimulieren. Dieses entschlossene Vorgehen der internationalen Staatengemeinschaft war in der Krisensituation notwendig und unabwendbar. Eine Wende hin zu einem vorsichtigen Wirtschaftswachstum zeichnet sich inzwischen ab.

Doch die Herausforderungen an die Politik sind beachtlich: Es bedarf beherzter Schritte, um nicht von der Finanz- und Wirtschaftskrise in eine Staatsschuldenkrise zu geraten. Insbesondere die Industriestaaten sind davon betroffen. Für eine Vielzahl von Schwellenländern gibt es positivere Anzeichen. Hier könnte aufgrund der geringeren Verschuldungsquoten eine schnellere Rückkehr zu höheren Wachstumsraten möglich sein.

Die Krise mit ihren weit verzweigten Neben- und anhaltenden Auswirkungen auf den globalen Wirtschaftsprozess ist noch nicht überwunden. Die Stunde der langfristig orientierten Ordnungspolitik – in Abgrenzung zur kurzfristig notwendigen Prozesspolitik – hat dennoch jetzt geschlagen. Beide Elemente gehören zur Sozialen Marktwirtschaft. Es sollte nun wieder eine Konzentration auf die Stabilisierung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens jenseits staatlicher Interventionen erfolgen. Dabei geht es um die Stärkung des Wettbewerbsprinzips, eine Strategie der offenen

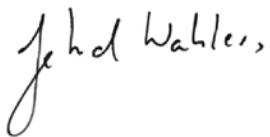
Märkte, anreizkompatible Abgaben- und Steuersysteme, die Durchsetzung des Haftungsprinzips sowie nachhaltige soziale und ökologische Solidarität – insbesondere über die Generationen hinweg. Ziel ist es, wieder möglichst hohe Berechenbarkeiten in der Wirtschaftspolitik zu erreichen. Die Soziale Marktwirtschaft gibt uns die dazu notwendigen Instrumente an die Hand. Sie orientiert sich an den Leitlinien von Subsidiarität und Solidarität. Diese Prinzipien sind eng mit dem Erfordernis einer rechtsstaatlichen Demokratie verknüpft. Soziale Marktwirtschaft und Demokratie sind zwei Seiten derselben Medaille.

Die Verbindung des Prinzips der Freiheit am Markt mit demjenigen des sozialen Ausgleichs als Kerngedanken dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist auch für unsere Partnerländer weltweit von hoher Relevanz. Insbesondere die aufstrebenden Ökonomien, die auch in ihrer weltpolitischen Bedeutung über den G20-Prozess die notwendige Aufwertung und Möglichkeit der Mitsprache erfahren haben, sind von dieser Herausforderung betroffen. Die Gewährleistung des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaften und das Erreichen einer – wie auch immer ausdefinierten – sozialen Gerechtigkeit auf der Grundlage eines marktwirtschaftlichen Systems rückt dort in den Fokus der wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussion.

Doch es geht dabei nicht nur um einzelne Länder: Auch für uns in Deutschland ist es von großer Bedeutung unter den global einflussreichen Akteuren Mitstreiter für unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Ordnungsmodell sowie die es begründenden Werte zu gewinnen. Wir sind auf Kooperation angewiesen, damit dieses Modell und der Wohlstand, den wir ihm verdanken, bei uns Bestand hat.

Über ihr Netzwerk an Auslandsbüros in Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern steht die Konrad-Adenauer-Stiftung im weltweiten Dialog mit Entscheidungsträgern und Multiplikatoren, um Unterstützer für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu werben. Im Zentrum steht das von der Stiftung erarbeitete Grundlagendokument „Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften“ (www.kas.de/leitlinien), das die zentralen Pfeiler dieses Ordnungsmodells darstellt und bereits von

führenden Politikern und Vertretern der Wissenschaft aus dem europäischen Raum getragen wird. Über die Grenzen Europas hinaus wollen wir den Dialog intensivieren und Verbündete für diese grundlegenden Ordnungsprinzipien gewinnen. In dieser Ausgabe der Auslandsinformationen werden die wirtschaftliche Entwicklung und die politischen Zielsetzungen der G20-Mitglieder Indien, Saudi-Arabien, Korea, Türkei und Südafrika untersucht. Sie sind neben der G8 wichtige Akteursstaaten, mit denen wir den politischen Austausch pflegen und weiter ausbauen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Gerhard Wahlers," is written over a stylized, open bracket-like flourish.

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär